

Hendrik Sander

Die Bewegung für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie in Deutschland

Eine historisch-materialistische Bewegungsanalyse

1. Einleitung

Die internationale Staatengemeinschaft einigte sich bei dem globalen Klimagipfel Ende 2015 in Paris auf ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll. Sie verständigte sich darin auf das Ziel, die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Ob dieses ehrgeizige Vorhaben verwirklicht wird, ist jedoch mehr als fraglich, zumal die weltweite Emissionsentwicklung nach wie vor steil nach oben weist. Der neue Vertrag überlässt die Umsetzung der Vorgaben weitgehend den Nationalstaaten.

Damit Deutschland seiner Verantwortung für die Begrenzung des Klimawandels gerecht werden kann, müsste es seine Treibhausgasemissionen viel drastischer reduzieren, als das bisher der Fall ist. Nicht zuletzt die Energieversorgung, auf der der Fokus dieses Artikels liegt, müsste umfassend dekarbonisiert werden. In diesem gesellschaftlichen Sektor ringen zwei Akteursgruppen miteinander um die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die sich jeweils einem *Hegemonieprojekt* zurechnen lassen (vgl. Haas in diesem Band). Während die Strategien der *grauen* Akteure (v.a. Stromkonzerne, klassische Industrieunternehmen, deren Verbände und Think Tanks) darauf abzielen, ihr fossil-nukleares Geschäftsmodell möglichst lange aufrechtzuerhalten und die Energiewende auszubremsen, setzen sich die *grünen* Akteure (v.a. Erneuerbare-Energien-Unternehmen und deren Verbände, Umweltverbände, ökologische Forschungsinstitute und Think Tanks) dafür ein, die Energieversorgung rasch vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen. Nach der Atomkatastrophe von Fukushima konnten die grünen Kräfte zwar durchsetzen, dass die Bundesregierung unter Angela Merkel (CDU) die kurz zuvor beschlossene Laufzeitverlängerung aufgab und zu einem mittelfristigen Ausstiegspfad zurückkehrte. Spätestens seit Fukushima wurde ein Konsens in der Gesellschaft erreicht, dass die deutsche Energieversorgung komplett auf regenerative Energien umgestellt wird. Merkel integrierte die Energiewende allerdings in einen neuen energiepolitischen Kompromiss zwischen

den konkurrierenden Hegemonieprojekten, indem sie zugleich die Interessen der konventionellen Stromkonzerne verteidigte. Sie unterstützte ihre Strategien, die Kohlekraft als Alternative zur Atomenergie zu stärken und die Energiewende auszubremsen und in einer konzernfreundlichen Weise umzubauen (Sander 2016).

Vor diesem Hintergrund bleibt der Systemkonflikt zwischen grauem und grünem Energieregime unentschieden. Die erneuerbaren Energien werden kurz vor ihrem endgültigen Durchbruch aufgehalten. Umso weniger ist eine grundlegende Transformation der Naturverhältnisse im Energiebereich abzusehen. Die Stromversorgung wird weiterhin von (demokratisch kaum kontrollierbaren) Konzernen und Stadtwerken bestimmt. Zwar konnten mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch andere Akteure, die nicht dem Kapital zuzurechnen sind, Erzeugungsanlagen aufbauen. Dabei handelt es sich allerdings überwiegend um privilegierte Haushalte aus dem Kleinbürgertum und den ländlichen Klassen. Die energieintensiven Unternehmen zahlen Dumpingpreise für ihren Strom, während jedes Jahr hunderttausende Haushalte von der Elektrizitätsversorgung abgeklemmt werden, weil sie die Rechnungen nicht bezahlen können. Wachstumsimperativ und imperiale Lebensweise werden auch unter den Vorzeichen einer regenerativen Energieversorgung nicht infrage gestellt (Brand/Wissen 2011). In dieser Situation der Blockade liegt die Hoffnung auf einem Akteur, der aus einer relativen Außenseiterposition in die energiepolitische Konstellation interveniert – der aktionsorientierten und kapitalismuskritischen Klimagerechtigkeitsbewegung. Diese ist zwar selbst dem grünen Projekt zuzurechnen, stellt allerdings eine relativ eigenständige, emanzipatorische Fraktion innerhalb der heterogenen grünen Akteurslandschaft dar. Das Phänomen der Klimabewegung ist jedoch kaum sozialwissenschaftlich erforscht. Bisher liegen nur einzelne Untersuchungen vor allem zu den Klimaprotesten auf internationaler Ebene vor (Brunnengräber 2011; Dietz/Garrelts 2013). Nur wenige Arbeiten beschäftigen sich mit Klimabewegungen auf einer (sub-)nationalen Ebene. Auch zum Feld der Energiekämpfe wurden bisher nur wenige Analysen veröffentlicht. Nicht zuletzt beziehen sich die AutorInnen teilweise auf widersprüchliche oder unklare Verständnisse von sozialen Bewegungen und der sie umgebenden Gesellschaft.

Sowohl das wissenschaftliche als auch das politische Erkenntnisinteresse des vorliegenden Artikels liegt darin, das Potenzial der Klimagerechtigkeitsbewegung auszuloten, zu einem Treiber für eine tief greifende sozial-ökologische Transformation zu werden. Indem die Bewegung mithilfe einer historisch-materialistischen Perspektive beleuchtet wird, soll zugleich der analytische Mehrwert eines solchen Ansatzes der Bewegungsforschung bestimmt werden. Der Artikel geht also der Frage nach, wie mit einer historisch-materialistischen Bewegungsanalyse die Formierung und gesellschaftliche Wirkung der Klimagerechtigkeitsbewegung beschrieben werden kann. Zunächst soll die verwendete Definition von

sozialen Bewegungen erklärt werden. Ferner wird ein kurzer Überblick über die gängigen Ansätze der Bewegungsforschung gegeben. Ausgehend von einer Kritik dieser Analyseinstrumente werden Elemente einer historisch-materialistischen Bewegungsforschung skizziert (2.). In einem nächsten Schritt soll der Forschungsstand zu (internationalen) Klimabewegungen dargestellt werden. In diesem Zusammenhang wird argumentiert, dass insbesondere die (sub-)nationale Ebene intensiver erforscht werden muss (3.). Vor diesem Hintergrund werden die Merkmale und die Entwicklung der Klimagerechtigkeits- und Energiekämpferebewegung in Deutschland kursorisch wiedergegeben. Es wird die These vertreten, dass sich ein sozial-ökologischer und ein radikal-ökologischer Bewegungsflügel herausgebildet haben (4.). Auf dieser Grundlage sollen zwei ausgewählte energiepolitische Kampagnen bzw. Auseinandersetzungen genauer betrachtet werden. Diese werden beispielhaft mit den vorgeschlagenen Analyseinstrumenten einer historisch-materialistischen Bewegungsforschung analysiert, um den wissenschaftlichen Mehrwert einer solchen theoretischen Perspektive zu demonstrieren (5.). Schließlich sollen einige wissenschaftliche und politische Schlussfolgerungen aus den Erkenntnissen formuliert werden (6.). Letztere basieren wesentlich auf empirischen Erhebungen, die für eine Studie über die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland für die Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführt wurden (Sander i.E.). Neben einer Analyse von relevanten Zeitschriftenartikeln und Strategiepapieren aus dem Forschungsfeld wurden 13 ExpertInneninterviews mit Klima-AktivistInnen und der Bewegung nahestehenden Personen geführt.

2. Zu einer historisch-materialistischen Bewegungsforschung

Die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung ist vor allem in den Vereinigten Staaten entstanden. Dort wurden ihre wesentlichen Ansätze entwickelt und dort hat sich diese Forschungsrichtung am stärksten institutionalisiert. Auch in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten eine eigenständige Bewegungsforschung herausgebildet, die Methoden aus der angloamerikanischen Tradition übernahm, aber auch eigene Zugänge entwickelte. Doch selbst wenn mit der Zeit eine Vielzahl von Bewegungsstudien vorgelegt wurde und der Gegenstand zuletzt wieder eine wachsende wissenschaftliche Aufmerksamkeit verzeichnete, ist die Erforschung sozialer Bewegungen kaum an deutschen Universitäten verankert (Rucht 2011; Haunss/Ullrich 2013). Nichtsdestotrotz hat sich auch hierzulande ein Kanon von Definitionen und analytischen Ansätzen etabliert. Bei der Definition von sozialen Bewegungen beziehe ich mich auf Mark Herkenrath, der sich wiederum an Joachim Raschke orientiert. Demnach werden sie als soziale Netzwerke definiert, „welche i) sich

selbst als Gruppe begreifen, ii) das Ziel verfolgen, grundlegenden sozialen Wandel zu bewirken, zu verhindern oder umzukehren und iii) deren Kollektiv eine geringe interne Rollenspezifikation aufweist“ (Herkenrath 2011: 25).

Um ihren Gegenstand zu erklären und zu analysieren, muss die Bewegungsforschung eine Reihe von Fragen beantworten: Wie hängt die Entstehung von sozialen Bewegungen mit den gesellschaftlichen Strukturen und ihren Dynamiken zusammen? Wie formieren sich Bewegungen als kollektive Akteure und schaffen eine gewisse Dauerhaftigkeit, ohne ihren Bewegungscharakter zu verlieren? Wie entfalten sie gesellschaftliche Wirkung und wie werden sie politisch erfolgreich? Darauf geben die verschiedenen Ansätze der Bewegungsforschung recht unterschiedliche Antworten. Im Folgenden sollen die Grundannahmen der wesentlichen Ansätze kurz vorgestellt und einer marxistischen Kritik unterzogen werden (für eine Übersicht Herkenrath 2011; Hellmann/Koopmans 1998).

Mit analytischen Begriffen und Konzepten wie *structural strain*, *relative deprivation* und *collective behavior* erklärten die frühen BewegungsforscherInnen Protestbewegungen als subjektive Ausdrucksformen objektiver gesellschaftlicher Widersprüche und Umbruchsprozesse. Aus einer massenpsychologischen Perspektive betrachteten sie Bewegungen eher als irrationales Symptom denn als bewussten Akteur sozialen Wandels (vgl. Smelser 1965). Im Gegensatz dazu begreift der *Ressourcenmobilisierungsansatz* soziale Bewegungsorganisationen als strategisch handelnde Akteure, die gezielt Ressourcen (Geld, ehrenamtliches Engagement und öffentliche Legitimation) einsetzen, um ihre klar definierten politischen Ziele zu erreichen. Sowohl die Entstehung als auch der Erfolg von Bewegungen hängen demnach von den Möglichkeiten und dem strategischen Geschick ihrer AnführerInnen ab (McCarty/Zald 1977; Opp 1994). Auch wenn es wichtig ist, die strategischen und strukturellen Ressourcen von Bewegungen zu bestimmen, die nicht zuletzt in ihrer Klassenbasis zu suchen sind, ist die klassische *rational-choice*-Perspektive dieses Ansatzes nach der postpositivistischen Wende nicht mehr zu halten. Denn gerade für soziale Bewegungen spielen Werte und Begehren, Vertrauen und Erfahrungen eine zentrale Rolle, die nicht auf rationale Kalküle zu reduzieren sind.

Demgegenüber legt der Ansatz der *politischen Gelegenheitsstrukturen* seinen Fokus auf die institutionellen Kontextbedingungen von Bewegungshandeln. Er erklärt die Formierung und die Wirkung von Bewegungen, die Häufigkeit und Form von Protestaktionen aus den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und dem Charakter des politischen Systems. Soziale Bewegungen würden vor allem dann entstehen, wenn Protest angesichts halb-offener politischer Systeme erforderlich, aber auch Erfolg versprechend für sozialen Wandel sei (Kitschelt 1986; Tarrow 1998). Die Schwäche dieses Ansatzes besteht allerdings darin, dass unklar bleibt, wie die Gelegenheitsstrukturen gesellschaftstheoretisch zu

erklären sind, und ganz unterschiedliche Modelle verwendet werden, um sie konkret zu analysieren. Das dritte wichtige Erklärungsmodell wird durch den *Framing*-Ansatz verkörpert, der in der theoretischen Tradition des symbolischen Interaktionismus steht. Er geht davon aus, dass die Akteure sozialer Bewegungen die Wirklichkeit auf eine bestimmte Weise interpretieren müssen, um ein soziales Phänomen als Problem zu deuten, mögliche Lösungen zu konstruieren und UnterstützerInnen zu mobilisieren (Schetsche 1996; Benford/Snow 2000). Eng damit verbunden ist das Konzept der *kollektiven Identitäten*. Diesem zufolge entwickle sich in sozialen Bewegungen ein gemeinsames Set von Werten und ein kollektives Wir-Gefühl, die notwendig sind, um eine Bewegung zu formieren und zu reproduzieren (Melucci 1989). Beide Ansätze leisten einen wichtigen Beitrag zur Erklärung von Protestbewegungen. Sie überbetonen jedoch die sprachlichen und interpretativen Elemente von Protesthandeln und vernachlässigen dessen materielle Grundlagen.

Angesichts der genannten Schwächen der etablierten Bewegungsforschung lohnt es sich, an Einsichten der marxistischen Gesellschaftstheorie anzuknüpfen, um die Rolle von Bewegungen in der Reproduktion und Infragestellung der kapitalistischen Produktionsweise zu bestimmen. Für Marx spielten soziale Bewegungen die zentrale Rolle für gesellschaftlichen Wandel; sie galten ihm als Motor der Geschichte (Marx 1848). Marx hat allerdings nie eine explizite Theorie sozialer Bewegungen entwickelt. Ferner war die Entstehung der Bewegungsforschung im engeren Sinne mit einer Krise des traditionellen Marxismus der Arbeiterbewegung verbunden. Sie ist vor dem Hintergrund eines Bedeutungsverlustes der proletarischen Bewegungen und eines Aufkommens neuer sozialer Bewegungen zu verstehen, die sich neuen Themen jenseits von Arbeit und Klassenkampf zuwandten.

Dennoch ist eine historisch-materialistische Perspektive weiterhin fruchtbar auch für eine Theoretisierung scheinbar postmoderner sozialer Bewegungen. So haben viele marxistische DenkerInnen im Anschluss an Marx versucht, Protest und Widerstand konzeptionell einzuordnen. Ich beziehe mich allerdings nur auf eine bestimmte Variante marxistischer Bewegungsanalyse, die die widersprüchliche Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in der internationalen Politik aus einer neogramscianischen Perspektive beleuchtet. NGOs sind als Teil der Zivilgesellschaft daran beteiligt, ein hegemoniales Projekt zu konstituieren, zu reproduzieren, zu modifizieren oder infrage zu stellen. Sie finden durchaus Zugang zu den Institutionen des internationalisierten Staates und können (begrenzte) Verbesserungen durchsetzen. Aber zugleich agieren sie dabei als relativ schwache Player auf einem hochgradig vermachteten Terrain und werden von den herrschenden Kräften als Legitimationsreserve benutzt (Walk/Brunnengräber 2000; Brand u.a. 2001). Allerdings untersuchen diese Arbeiten vor allem die Rolle

von NGOs, während auch soziale Bewegungen im engeren Sinne gewinnbringend mithilfe einer gramscianischen Lesart gedeutet werden können (Bedall 2014).

Ohne den Anspruch zu erheben, an dieser Stelle eine neue Bewegungstheorie zu entwickeln, sollen wesentliche Elemente einer historisch-materialistischen Bewegungsforschung in der Tradition von Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas angedeutet werden. Die folgenden Ausführungen sind von der oben zitierten Literatur inspiriert; die vorgeschlagene Systematisierung einer marxistischen Bewegungsanalyse ist aber mein Entwurf. Zunächst ist es in der Tat richtig, dass die Entstehung von sozialen Bewegungen, ihre Form und ihre Wirkung nicht ohne die widersprüchlichen Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen sind. Aus einer historisch-materialistischen Perspektive müssten die Tendenzgesetze der kapitalistischen Ökonomie und deren prekäre Stabilisierung in einem historischen Block und im bürgerlichen Staat als Rahmenbedingungen begriffen werden. Diese Strukturen konkretisieren sich in bestimmten Akkumulationsstrategien, hegemonialen Konstellationen in der Zivilgesellschaft und den strategischen Selektivitäten einzelner Staatsapparate. Bewegungen sind aber nicht bloß Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche oder sozialer Umbruchsprozesse, sondern selbst Verursacher und Antrieb von sozialem Wandel. Denn sie sind zugleich ein emergentes Phänomen, denen ein Eigensinn zukommt und deren Auftreten gerade die Reproduktion gesellschaftlicher Strukturen infrage stellen kann. Soziale Strukturmuster und Protestbewegungen sind als dialektisch aufeinander bezogen zu denken (vgl. Görg 1992).

Die konkrete Formierung und Wirkung von sozialen Bewegungen kann mit Gramscis Hegemonietheorie analysiert werden. Als Teil einer machtförmig strukturierten Zivilgesellschaft kämpfen sie mit vielfältigen anderen bzw. gegen vielfältige andere Akteure um die gesellschaftliche Hegemonie. Allerdings zielen sie in der Regel nicht darauf, selbst die Führung über andere Gruppen zu übernehmen, sondern eine Aktivierung und Selbsttätigkeit der Subalternen zu erreichen, sind also in der Tendenz gegenhegemonial. So müssen Bewegungsakteure im integralen Staat, der ein asymmetrisches und zerklüftetes Terrain darstellt, um die Verallgemeinerung ihrer Ziele ringen. Sie müssen ihre Strategien über ihren engeren Wirkungsradius hinaus auf andere gesellschaftliche Gruppen ausdehnen und zugleich partiell Forderungen von ihnen aufnehmen, um ihr Gesellschaftsprojekt hegemonial werden zu lassen. Solche Projekte bestimmt die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa als *Hegemonieprojekte*: „Das entscheidende Zuordnungskriterium ist die Frage, ob die Strategien von Akteur_innen in einem Konfliktfeld signifikant übereinstimmen, ob sie eine gemeinsame, bestimmte Richtung teilen. Hegemonieprojekte sind also Bündel von Strategien, die ähnliche Ziele verfolgen“ (Buckel u.a. 2014: 46). Dabei können drei Dimensionen der zivilgesellschaftlichen Hegemonie unterschieden werden (vgl. Sander 2016): Die

diskursive Dimension hebt darauf ab, dass die gesellschaftlichen Kräfte wie zum Beispiel Bewegungsakteure den öffentlichen Diskurs prägen müssen. Sie zielen darauf, dass ihre Deutungen und Narrative in den verschiedenen Institutionen der Zivilgesellschaft (Medien, Schulen und Universitäten, Kultureinrichtungen etc.) dominant werden und als alternativlos erscheinen. Davon soll die *populäre Dimension* abgegrenzt werden, die sich auf das Alltagsleben der Menschen bezieht. Die Sichtweisen der Akteure müssen sich in das Alltagsbewusstsein der Subjekte einschreiben, die diese Weltauffassungen nicht nur in der Kommunikation mit ihrem sozialen Umfeld (Familie, FreundInnen, KollegInnen etc.) reproduzieren, sondern sie auch in eine Veränderung ihrer alltäglichen Praxis umsetzen. Schließlich weist die *strategische Dimension* darauf hin, dass die politischen Gruppen auf der Ebene der politischen Akteurskonstellationen möglichst viele und relevante Akteure in ihr Projekt gewinnen müssen: Interessenverbände, Gewerkschaften, kleinere Initiativen und Vereine, wissenschaftliche Institute und Stiftungen, kirchliche Institutionen.

Zunächst ist die Formierung einer Bewegung zu betrachten, bevor ihre gesellschaftliche Wirkung bestimmt wird. Die Protestgruppen müssen eine kollektive Identität sowie gemeinsam geteilte Deutungen und Ziele (*Frames*) entwickeln, um sich als Bewegung zu konstituieren. Sie müssen AktivistInnen und weitere Akteure für sich gewinnen. Denn eine Bewegung kann nie allein, sondern nur im Zusammenspiel mit anderen Kräften eine gesellschaftliche Wirkung entfalten. Davon ist der Kampf um die Hegemonie in der weiteren Zivilgesellschaft zu unterscheiden. Darin muss die Bewegung den öffentlichen Diskurs im Sinne ihrer Ziele verändern, indem sie an die etablierten *Frames* anknüpft und diese umdeutet oder neue *Frames* einführt. Ferner muss sie darauf zielen, über ihre eigenen Kreise hinaus den Alltagsverstand von vielen Menschen zu verändern, ihre alltägliche Praxis zu beeinflussen und sie für ihre Strategien zu aktivieren.

Schließlich steht eine Bewegung vor der Herausforderung, ihre Strategien in die Staatsapparate einzuschreiben, um tatsächlich die staatlichen Politiken, die als verdichtete Kompromisse zwischen sozialen Kräften zu verstehen sind, verändern zu können. Dabei treffen sie auf die spezifischen strategischen Selektivitäten einzelner Apparate, die sie überwinden bzw. verschieben müssen. Sie können sowohl aus der Distanz eine Wirkung auf das Ensemble der Staatsapparate entfalten als auch unmittelbar mit verbündeten Apparaten kooperieren, um sich gegen gegnerische Apparate durchzusetzen. Verschiedene Bewegungen haben jedoch sehr ungleiche Potenziale, ihre Anliegen politisch durchzusetzen. Ihre Chancen variieren wesentlich abhängig von ihrer Klassen- und Machtbasis, den Bedingungen des jeweiligen Politikfelds und der Radikalität ihrer Forderungen. Ferner zielen gar nicht alle Bewegungen darauf, den Staat zu Veränderungen zu bewegen, sondern orientieren auf den Aufbau alternativer Solidarstrukturen oder

einer unabhängigen Gegenmacht. Nichtsdestotrotz haben auch diese Initiativen einen vermittelten Effekt auf den Staat, weil sich darin immer die gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegeln. In einem nächsten Schritt soll nun die bisherige wissenschaftliche Debatte zur Klimabewegung nachgezeichnet werden, die dann in einem späteren Schritt mithilfe der soeben entwickelten Analyseperspektive gedeutet wird.

3. Der Forschungsstand zu Klimabewegungen

Seit den 1990er Jahren lag der sozialwissenschaftliche Fokus auf der widersprüchlichen Rolle der Nichtregierungsorganisationen in der internationalen Klimapolitik, die damals die bestimmenden zivilgesellschaftlichen Akteure in diesem Feld waren (Walk/Brunnengräber 2000). Seit einigen Jahren wird die Herausbildung einer neuen Klimabewegung ausgemacht, die allerdings in sich sehr heterogen und bisher noch wenig erforscht ist (Garrelts/Dietz 2013; Dietz 2013). Achim Brunnengräber (2012) verortet sie in einem neuen Bewegungszyklus: Nach der Phase der konsensorientierten UN-Gipfel gewinnen seit geraumer Zeit wieder kritischere und protestorientierte Bewegungsakteure an Bedeutung, die auf die Entfaltung einer multiplen Krise des Neoliberalismus und zunehmende Schließungseffekte in den internationalen Institutionen verweisen. Die transnationalen Occupy-Proteste waren ein deutlicher Ausdruck dieses neuen Zyklus sozialer Kämpfe.

Dieses Phänomen lässt sich auch in der internationalen Klimapolitik beobachten. Spätestens seit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro prägten die pragmatischen NGOs aus dem globalen Norden, die sich im *Climate Action Network* (CAN) zusammengeschlossen hatten, das Bild der internationalen Klimadiplomatie. Positionierten sie sich zunächst noch kritisch gegenüber Marktmechanismen in der Klimapolitik, erkannten sie diese nach deren Verankerung im Kyoto-Vertrag an und setzten sich fortan nur noch für deren konsequente Umsetzung ein (Unmüßig 2011). „Doch mittlerweile ist das affirmative Agieren von NGOs innerhalb der institutionalisierten Regelwerke zur Bekämpfung des Klimawandels in die Krise geraten. Bewegungsnetzwerke sind entstanden, die auf Distanz zu den Institutionen des Politikfelds gehen und seine Agenda zu erweitern versuchen“ (Brunnengräber 2013: 359).

So gründete auf dem Klimagipfel 2007 in Bali eine Reihe von kritischen Süd-NGOs das neue Netzwerk *Climate Justice Now!* (CJN), das sich schnell verbreiterte und als neuer Akteur in der Klimapolitik etablierte. Dieser Vorgang markierte eine Spaltung und Verschiebung im gesamten zivilgesellschaftlichen

Feld und führte zu einer Repolitisierung der internationalen Klimapolitik. Das neue Netzwerk wandte sich zum einen gegen die *false solutions* des offiziellen UN-Prozesses und stritt unter dem Leitkonzept der *Klimagerechtigkeit* für eine tiefgreifende Transformation der globalisierten kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, um die grundlegenden Ursachen der Klimakrise zu adressieren. Zum anderen setzte es nicht nur auf eine kritische Begleitung der UN-Verhandlungen, sondern wählte zunehmend protestorientierte, außerinstitutionelle Ausdrucksformen. In diesem Kontext entstanden auch in vielen Ländern des globalen Nordens neue Graswurzelbewegungen, die sich die Klimagerechtigkeit auf die Fahnen schrieben. Vor allem beim umkämpften Klimagipfel 2009 in Kopenhagen kam es zu einer engen Kooperation von südlichen CJN-Gruppen und neuen Klimagerechtigkeitsbewegungen aus dem globalen Norden (della Porta/Parks 2013; Bedall 2014).

Allerdings handelt es sich bei den neuen Bewegungen keineswegs um ein widerspruchsfreies Phänomen. So weist Brunnengräber (2013) darauf hin, dass sie oft einen hybriden Charakter haben und auch etablierte Umweltverbände einschließen. Ferner macht er eine paradoxe Reorientierung auf den Staat als Problemlöser aus. Eine erhebliche Schwäche der Forschungen zur neuen Klimabewegung liegt gleichzeitig darin, dass sie bisher kaum die Prozesse auf einer (sub-)nationalen Ebene untersuchen und teilweise die Transnationalisierung von Bewegungshandeln überschätzen. Denn dieses findet nach wie vor ganz wesentlich auf unteren räumlichen Maßstabebenen statt. Positive Ausnahmen bilden etwa Fabian Frenzel (2011), der die Entstehung der Klimacamps seit 2006 in Großbritannien untersucht, oder Georg Kössler (2013), der detailliert die Herausbildung der deutschen Klimabewegung rekonstruiert (vgl. Neuner 2011; mehrere Beiträge in Dietz/Garrelts 2013). Weil in diesem Bereich jedoch noch erheblicher Forschungsbedarf besteht, soll im Folgenden in Anschluss an Kössler (2013) die Entwicklung der graswurzelorientierten Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland – zunächst deskriptiv – nachgezeichnet werden.

4. Die Entwicklung der Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland

Die Klimagerechtigkeitsbewegung entstand in der Bundesrepublik nach den Protesten gegen den G8-Gipfel 2007 im Ostseebad Heiligendamm. Obwohl die Aktionen gegen den Gipfel unter den globalisierungskritischen Gruppen insgesamt als sehr erfolgreich bewertet wurden, scheiterten sie mit einem ihrer zentralen Ziele, das Treffen der StaatenlenkerInnen öffentlich zu delegitimieren. Das lag nicht zuletzt daran, dass Angela Merkel das Klimathema als Legitimationsreserve nutzen

konnte, um der umstrittenen Zusammenkunft ein positives Image zu geben. In der Folge warben eine Reihe von AktivistInnen der globalisierungskritischen Bewegung dafür, eine eigenständige linke Klimapolitik zu entwickeln, um dem herrschenden Klimadiskurs etwas entgegenzusetzen und tatsächlich wirksame Protestformen gegen die Verursacher der globalen Erwärmung zu etablieren (AntiRassismusBüro Bremen 2007). Der erste praktische Ausdruck dieser Debatten bestand darin, dass ein Zusammenhang von Klima-AktivistInnen gemeinsam mit antirassistischen Gruppen das Klima- und Antirassismuscamp im Sommer 2008 in Hamburg organisierte. Die Idee hatten sie von den britischen *Camps for Climate Action* importiert (Frenzel 2011). In der Hansestadt hatten die Grünen gerade entgegen ihrem Wahlkampfversprechen in der neuen schwarz-grünen Landesregierung das stark kritisierte Steinkohlekraftwerk Moorburg genehmigt. Obwohl die geplante Besetzung der Kraftwerksbaustelle letztlich nicht gelang, wurde das Klimacamp ein wichtiger Schritt beim Aufbau einer aktionistischen Klimabewegung in der Bundesrepublik (Koburger/Doria 2008).

Nach dem Hamburger Camp konzentrierte sich das neu gegründete *Klima!Bewegungsnetzwerk* auf die Mobilisierung zu dem internationalen Klimagipfel im Dezember 2009 in Kopenhagen. Während in der globalen Öffentlichkeit große Hoffnungen geweckt wurden, dort könnte ein Nachfolgeabkommen für das auslaufende Kyoto-Protokoll beschlossen werden, setzten die aktionistischen Gruppen darauf, in der dänischen Hauptstadt ein Seattle der Klimabewegung zu schaffen (Müller 2009). Dabei knüpften sie an die kritischen Süd-NGOs von CJN an. Darüber hinaus gründeten sich mit *Climate Justice Action* und *Never Trust A Cop* zwei schwerpunktmäßig europäische Netzwerke, die Aktionen außerhalb des Gipfelseschehens vorbereiteten (Bedall 2014). Die Protestaktionen in Kopenhagen verliefen jedoch weitgehend enttäuschend für die Bewegung. Zu wenige AktivistInnen waren gekommen, um die Aktionen trotz der massiven Polizeirepression durchzuführen. Nicht zuletzt misslang die zentrale Aktion *Reclaim Power*, mit der eine alternative Versammlung der Bewegungen auf dem Tagungsgelände erzwungen werden sollte. Trotz des Scheiterns des offiziellen Gipfels gelang es nicht, eine emanzipatorische Perspektive für Klimagerechtigkeit in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen (Avanti 2010).

Nach den ernüchternden Gipfelprotesten geriet die Bewegung zunächst in eine Krise. Viele AktivistInnen wandten sich wieder anderen Themenfeldern zu. Neu entstandene Gruppen und Netzwerke schlossen ein. Die übrig gebliebenen Gruppen entschieden sich bewusst, nicht mehr den internationalen Klimagipfeln zu folgen, sondern sich lokalen und regionalen Kämpfen um Klimagerechtigkeit zuzuwenden. Die neue Strategie bestand darin, die wesentlichen Verursacher des Klimawandels (wie Kohlekraftwerke) anzugreifen und eine tatsächliche Gegenmacht vor Ort aufzubauen (Klima!Bewegungsnetzwerk 2010). Eine wichtige

Rolle für diese Neuorientierung spielte das Klimacamp in Bonn anlässlich der Klima-Zwischenverhandlungen im Juni 2010. Das Camp fungierte zwar in gewisser Weise als Fortsetzung der Kopenhagen-Protteste, markierte aber schon den Übergang zu lokalen Kämpfen. Eine zweite Neuerung lag darin, dass die Bewegung sich nun auf „Energiekämpfe“ konzentrieren wollte. Vor allem wurde verstärkt die Zusammenarbeit mit der Anti-Atom-Bewegung gesucht, die damals angesichts der AKW-Laufzeitverlängerungen ein massives Revival erlebte (Avanti Klima AG 2009). Anfang 2011 gründete sich zudem auf einer Aktionskonferenz *Energiekämpfe in Bewegung* (EKIB) als neues Netzwerk der Klimabewegung. Die Gruppe *Gegenstrom Berlin* schlug dort das Konzept der Energiedemokratie als verbindendes Moment für die Energiekämpfe-Gruppen vor: „Die einigende Klammer einer solchen Bewegung ist der Kampf für Energiedemokratie. Demokratie heißt, die Entscheidungen, die unser aller Leben prägen, gemeinsam und ohne Profitzwang treffen zu können“ (Gegenstrom Berlin 2011).

Nach Kopenhagen kristallisierten sich zwei unterschiedliche politische Richtungen innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung heraus, die im Folgenden als sozial-ökologischer und radikal-ökologischer Bewegungsflügel bezeichnet werden. Der sozial-ökologische Flügel setzte sich zum Ziel, an die konkreten Kämpfe und Begehren der Menschen hierzulande, vor allem in den Städten, anzuknüpfen. Die notwendige radikale Reduktion der Treibhausgasemissionen sollte mit Ansätzen sozialer Gerechtigkeit und direkter Demokratie vor Ort verbunden werden. Den betreffenden Gruppen ging es darum, erstrebenswerte Beispiele einer sozial-ökologischen Transformation zu entwickeln, die die Menschen bei dem tief greifenden Umbauprozess der Gesellschaft „mitnimmt“. Der Hintergrund ihrer Strategie war, dass es den Stromkonzernen zunehmend gelang, die Energiewende über die Kostenfrage zu diskreditieren. Diese Konzerntaktik war deshalb so erfolgreich, weil steigende Strompreise tatsächlich für viele Menschen ein wachsendes Problem darstellen und die Umweltbewegung keine glaubwürdige Antwort auf diese Herausforderung hat (Sander 2015).

In der Bewegung wurden eine Reihe von Ansatzpunkten einer sozial-ökologischen Klimapolitik diskutiert und erprobt. So wurden in Hamburg und Berlin jeweils Bündnisse mitgetragen, die mithilfe von Volksbegehren eine Rekommunalisierung und Demokratisierung der lokalen Stromversorgung durchsetzen wollten (s.u.). Es ging ihnen darum, praktische Beispiele für die Vision einer Energiedemokratie zu schaffen. In Städten wie Bremen, Hamburg, Berlin, Hannover und Tübingen wurden Kampagnen für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr gestartet, um auch im Bereich der Mobilität deutlich zu machen, dass sich ökologische und soziale Ansprüche in einer klimagerechten und lebenswerten Stadt verbinden lassen. In Berlin entwickelte eine Klimagruppe ferner eine Kampagne gegen Energiearmut und Stromabklemmungen, indem sie das Thema

öffentlich skandalisierte und nach Möglichkeiten einer solidarischen Praxis mit den Betroffenen suchte. Zuletzt litten die sozial-ökologischen Projekte jedoch unter strategischen Orientierungsschwierigkeiten. Sie fanden kaum noch Ansatzpunkte, mit denen sich eine tatsächliche Bewegungsdynamik erzeugen ließ.

Demgegenüber zielten die Gruppen des radikal-ökologischen Flügels der Klimabewegung darauf, die Treibhausgasemissionen im globalen Norden angesichts der ökologischen Untragbarkeit des westlichen Entwicklungsmodells massiv zu reduzieren. Deswegen konzentrierten sie ihre Aktionen auf die *Carbon Majors*, die großen CO₂-emittierenden Konzerne. In Deutschland gerieten schnell die großen Braunkohlereviere, das Rheinland und die Lausitz, ins Visier der aktivistischen KlimaschützerInnen. Die Begründung für diese Fokussierung war, dass die Kohle einen erheblichen Anteil an den CO₂-Emissionen in Deutschland hat und folglich durch einen sofortigen Kohleausstieg drastische Emissionsreduktionen erreicht werden könnten. Ferner verwiesen die KohlegegnerInnen auf die massiven Verheerungen, die die Braunkohleindustrie für Menschen und Umwelt vor Ort mit sich bringt. Schließlich erkannten sie in den Kohleprotesten eine gute Möglichkeit, Interessierten konkrete Aktionsangebote zu machen, um eine starke Bewegung aufzubauen.

Protestierten Umweltverbände und lokale Bürgerinitiativen schon seit Jahrzehnten gegen die Braunkohlewirtschaft, so brachten die aktionistischen Klimagruppen neuen Wind in die Reviere. Im Rheinland organisieren sie seit 2010 regelmäßig Klimacamps, von denen aus Protest- und Blockadeaktionen gegen die Infrastruktur der Kohleindustrie durchgeführt werden. Seit 2011 besetzen außerdem anarchistische AktivistInnen immer wieder Bäume im Hambacher Forst, der Jahr um Jahr für den Tagebau weiter abgetragen wird (Stötzel 2012; AusgeCO₂ hlt 2013). Seit 2011 organisiert zudem die Gruppe *Gegenstrom Berlin* das Lausitzer Klima- und Energiecamp in der östlichen Braunkohleregion. Sie bemühte sich stärker als die westlichen Klimagruppen darum, lokale KohlegegnerInnen in den Campprozess einzubinden und den Austausch mit der ansässigen Bevölkerung zu suchen. Vor diesem Hintergrund konnte sich das Lausitzer Camp als feste Institution des regionalen Kohlewiderstands etablieren, startete allerdings nicht ähnlich konfrontative Aktionen wie die rheinländischen Klima-AktivistInnen.

Die verschiedenen Strömungen der deutschen Klimabewegung fanden sich schließlich Ende 2014 in der Kampagne *Ende Gelände* zusammen. Darin kristallisierten sich die Strategien ganz verschiedener Akteure wie der klassischen Umweltverbände und der Degrowth-Bewegung, die sich ebenfalls in diesen radikal-ökologischen Ansatz einbrachten. Ferner wurde die Entstehung der Kampagne stark von den Rahmenbedingungen der offiziellen Klima- und Energiepolitik beeinflusst. Zum einen wurden in den Ende 2015 bevorstehenden Klimagipfel in Paris wieder ähnlich große Hoffnungen gesetzt wie schon in Kopenhagen. Zum

anderen gewann in der deutschen Öffentlichkeit die Debatte um die Zukunft der Kohlekraft an Dynamik. Als strategische Antwort auf dieses Setting wählten die Klimagruppen *Ende Gelände*.

Im August 2015 schlug das Klimacamp nahe dem rheinländischen Erkelenz seine Zelte auf. Dort fand zudem eine Sommerschule zur Verbindung von Wachstumskritik und Klimagerechtigkeit statt. Am 15. August gelang es über tausend AktivistInnen, in einen nahe gelegenen Tagebau einzudringen und die Kohlebagger für einen Tag zu blockieren. Die Aktion wurde als großer Erfolg gewertet, weil sich viele neue Menschen darin politisierten und mit dieser Form des zivilen Ungehorsams enorme Resonanzen in der Öffentlichkeit ausgelöst wurden. Vor diesem Hintergrund wiederholte das Bündnis die Aktion am Pfingstwochenende in der Lausitz. Dort plant der bisherige Eigentümer Vattenfall, sein Braunkohlegeschäft an den tschechischen Investor EPH zu verkaufen. Um dagegen auf einen zügigen Ausstieg aus der Kohle zu dringen, besetzten die *Ende-Gelände*-AktivistInnen für mehrere Tage einen Tagebau und die Versorgungsschienen zum Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe. Weil dem Kraftwerk fast der Brennstoff ausging, musste es auf Notbetrieb herunter geregelt werden. Im Folgenden werden die bewegungstheoretische Diskussion und die empirische Entwicklung der deutschen Klimabewegung zusammengeführt, indem der oben skizzierte historisch-materialistische Analyseansatz auf die hiesige Klimagerechtigkeitsbewegung angewandt wird. Vor allem soll an zwei Beispielen klimapolitischer Kampagnen der letzten Jahre dessen analytische Fruchtbarkeit demonstriert werden.

5. Eine historisch-materialistische Perspektive auf die Klimabewegung

Auf einer grundlegenden Ebene kann festgestellt werden, dass die Entstehung der Bewegung mit strukturellen Widersprüchen zusammenhängt. Der Klimawandel verkörpert eine materiell-stoffliche Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Brunnengräber/Dietz 2011). Das dominante *Frame* der Klimaschutzpolitik geht davon aus, dass das Problem im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse gelöst werden könne. In den letzten Jahren wird jedoch zunehmend deutlich, dass die vorherrschende Klimapolitik nicht in der Lage ist, die globale Erwärmung auf ein vertretbares Niveau zu beschränken, geschweige denn, dass sie grundlegende Gerechtigkeitsfragen lösen kann. Die Bewegung ist jedoch nicht einfach Ausdruck dieser Widersprüche. Denn die Klimagruppen sind im Wesentlichen dadurch entstanden, dass die InitiatorInnen der Bewegung Klimawandel und -politik in einer bestimmten Weise gedeutet haben. Zunächst wurde in der entstehenden Bewegung in einem eigensinnigen und „autopoetischen“ Prozess

ein gemeinsames *Frame* entwickelt, das viele AktivistInnen inhaltlich überzeugte (diskursive Dimension). Zudem ist das Wachstum der Bewegung stark durch die affektive Begeisterung der TeilnehmerInnen gekennzeichnet, sodass sich in den gemeinsamen Diskussionen und Aktionen eine kollektive Identität herausbildete (populäre Dimension). Ferner schlossen sich einige starke linke Gruppen und Organisationen der Bewegung an (strategische Dimension).

Die Formierung der Klimagerechtigkeitsbewegung darf jedoch nicht dahingehend missverstanden werden, dass sie vollkommen unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Kontext entstanden wäre und erst nachträglich zu ihm in ein Verhältnis getreten wäre. Die Gründung der aktionsorientierten Klimagruppen bewegte sich von Beginn im Rahmen von hegemonialen Auseinandersetzungen im integralen Staat. So ist die neue Bewegung als Teil einer emanzipatorischen Fraktion des grünen Hegemonieprojekts zu verstehen (s.o.). In dieser Rolle kämpft sie einerseits gemeinsam mit anderen „grünen“ Bündnispartnern gegen die Akteure des grauen Hegemonieprojekts und gegen das fossil-nukleare Energieregime. Sie versucht, grüne Strategien einer umfassenden Energiewende politisch zu verallgemeinern und das graue Projekt in eine ökonomisch-korporative Position zurückzudrängen. Andererseits ringt die Klimabewegung innerhalb des grünen Projekts um dessen Verschiebung in Richtung einer radikalen sozial-ökologischen Transformation. Mit wechselnden Bündnispolitiken und Kampagnen und durchaus in einem spannungsreichen Verhältnis gegenüber VertreterInnen einer ökologischen Modernisierung bemüht sie sich, die Kräfteverhältnisse innerhalb der grünen Akteurskonstellation zu verschieben (Haas/Sander 2013). Es sollte deutlich geworden sein, dass der *Framing*-Ansatz zwar hilfreich ist, die Klimagerechtigkeitsbewegung zu verstehen. Die Untersuchung von Diskursen und Narrativen muss allerdings darüber hinaus auf integrale Weise mit einer Betrachtung der Aktionsformen und alltäglichen Praktiken, der strategischen Bündnisformierungen und materiellen Effekten verbunden werden, um die Bewegung in ihrer ganzen Komplexität zu begreifen. Diese Analyseperspektive soll nun abschließend an zwei Kampagnenbeispielen der Klimabewegung verdeutlicht werden.

Erstens hatte es in Hamburg schon seit Jahren Proteste gegen das Steinkohlekraftwerk Moorburg gegeben (s.o.). Kurz nach dem Klima- und Antirassismuscamp startete ein zweiter Kampfzyklus gegen das unbeliebte Großprojekt. Denn Vattenfall wollte eine Fernwärmetrasse in die Stadt legen, um die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerks gewährleisten zu können. Obwohl Fernwärme prinzipiell eine fortschrittliche Technologie ist, hätte die Trasse eine Schneise der Zerstörung durch die Hansestadt geschlagen. Dagegen protestierte die neu gegründete Bürgerinitiative *Moorburgtrasse stoppen*, in der auch eine Reihe von linken Klima-AktivistInnen aktiv waren. Die Größe der Initiative blieb zwar

begrenzt, aber die Mitglieder entwickelten schnell eine starke kollektive Identität und eine enorme Entschlossenheit, um ihr gemeinsames Ziel zu erreichen. Sie erfuhren viel Sympathie in der städtischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Insbesondere viele BürgerInnen teilten die Ablehnung der Fernwärmetrasse, weil sie eine Zerstörung innerstädtischer Parks, Verkehrsbehinderungen und Belastungen durch die jahrelangen Bauarbeiten befürchteten. Auch wenn sich nicht viele Menschen aktiv an den Protesten der Initiative beteiligten, war sie von einer immensen Unterstützung in den betroffenen Stadtteilen getragen.

Indem die Klima-AktivistInnen den Kampf gegen die Kohle mit demjenigen um ein Recht auf eine lebenswerte Stadt verbanden, konnten sie ihre Strategien in der Hamburger Zivilgesellschaft ausdehnen. Mit der Moorburgtrasse fanden sie einen strategischen Hebel und ein erreichbares Ziel, sodass sich der Kampf gegen Vattenfall wirksam zuspitzen ließ. Einerseits überredete die Moorburgtrasseninitiative den Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), gegen das Vorhaben zu klagen. Andererseits besetzten einige ihrer Mitglieder im Winter 2009/2010 Bäume im Gählerpark. Obwohl der Hamburger Senat die Interessen des schwedischen Staatskonzerns verteidigte und eine große Selektivität zu dessen Gunsten aufwies, konnte sich die Initiative mit ihrer Doppelstrategie in die Staatsapparate einschreiben. Die Baumbesetzung wirkte aus der Distanz auf den Staat ein, während die Klage die Auseinandersetzung auf seinem Terrain suchte, sodass das entsprechende Gericht schließlich die Fernwärmetrasse kippte.

Zweitens gründeten verschiedene umweltpolitische, globalisierungskritische und linksradikale Gruppen 2011 den *Berliner Energietisch*, um mithilfe eines Volksbegehrens die städtische Stromversorgung zu rekommunalisieren, die bisher ebenfalls von Vattenfall kontrolliert wurde. Mit einem eigenen Gesetz wollte die Initiative weitgehende soziale und ökologische Vorgaben, eine tief greifende Demokratisierung von Netzbetrieb und ein neu zu gründendes Stadtwerk durchsetzen. Die Formierung der neuen Allianz war insofern erfolgreich, als sie neben Klimagerechtigkeitsgruppen auch zahlreiche andere Akteure des grünen Projekts umfasste, die sich trotz ihrer politischen Heterogenität auf das gemeinsame *Framing* einer demokratisierten kommunalen Energieversorgung einigen konnten (vgl. Angel i.E.; Becker u.a. 2015; Blanchet 2015).

Darüber hinaus errang das Bündnis schnell eine Hegemonie im Feld der städtischen Energiepolitik, zumal es im öffentlichen Diskurs einen starken Zuspruch erfuhr, viele gesellschaftliche Akteure die Kampagne unterstützten und eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Initiative begrüßte. Insbesondere beteiligten sich viele Menschen an der Unterschriftensammlung für die ersten zwei Stufen des Volksbegehrens, sodass es zu einer massenhaften Aktivierung von BerlinerInnen jenseits der aktivistischen Kreise kam. Es gelang dem *Energietisch*, seine Strategien in der städtischen Zivilgesellschaft auszudehnen und zugleich

Anliegen anderer Gruppen aufzugreifen, indem er bewusst nicht nur ökologische, sondern auch demokratische, sozialpolitische und gewerkschaftliche Ziele verfolgte. Darin konnten die linken Klimagruppen Vattenfall als Vertreter des grauen Projekts konfrontieren und zugleich eine relative Linksverschiebung in der grünen Akteurskonstellation bewirken.

Ferner war die Bewegung in der Lage, ihre Strategien auch in die Staatsapparate einschreiben, sodass die drei Oppositionsparteien im Abgeordnetenhaus (Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE, Piraten) und auch eine Minderheitengruppe in der SPD ihre Forderungen aufgriffen. Allerdings wiesen die dominanten staatlichen Kräfte im Senat eine massive strategische Selektivität zugunsten des grauen Projekts – Vattenfall – auf und schirmten sich erfolgreich von den gesellschaftlichen Begehren ab. Sie nutzten ihre administrativen Möglichkeiten, um mit dem 3.11.2013 einen sehr ungünstigen Termin für den Volksentscheid zu bestimmen, sodass die Initiative des *Energetischs* zwar eine überwiegende Mehrheit gewann, jedoch knapp an dem nötigen Quorum scheiterte. Sie hatte die Gefahr unterschätzt, die dieser Hebel in den Händen des Senats bedeutete, und war nicht in der Lage, im Vorfeld ausreichend öffentlichen Druck aufzubauen, um den naheliegenden Termin der Bundestagswahl am 22.9.2013 zu erzwingen. Zwar konnte sie durch eine intensive Mobilisierung rund 600.000 UnterstützerInnen am Abstimmungstag an die Urnen bringen. Es gelang ihr jedoch nicht, die vielen Menschen insbesondere in den städtischen Randbezirken zu erreichen, die – anders als bei regulären Wahlen – eine selbstverständliche Teilnahme an Volksentscheiden bisher nicht verinnerlicht haben. So konnte der *Energetisch* nicht die notwendigen 25 Prozent „Ja“-Stimmen der BürgerInnen zusammenbringen.

6. Ausblick

Es konnte gezeigt werden, dass die Entwicklung der Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland und einzelne ihrer Kampagnen mit einer historisch-materialistischen Bewegungsanalyse erklärt werden können. Eine solche integriert nicht nur bisherige Ansätze der Bewegungsforschung wie Ressourcenmobilisierung, Gelegenheitsstrukturen und *Framing*, sondern verortet die Protestgruppen auch im Kontext gesellschaftlicher Strukturen und ihrer Veränderungen. Indem das Ringen der Bewegungsakteure um Hegemonie und ihre Einschreibung in die Staatsapparate analysiert wird, kann ein wichtiger Beitrag dazu geleistet werden, ihre Formierung und gesellschaftliche Wirkung zu verstehen. Auf diese Weise konnte die Entwicklung und Rolle der deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung rekonstruiert und analysiert werden. Insbesondere wurde anhand der Beispielen

Moorburgtrasse verhindern und dem *Berliner Energietisch* gezeigt, wie Klimagruppen konkret in ihrer gesellschaftlichen Umwelt agieren und wie sie politisch erfolgreich werden können. Da bisher zu Klimabewegungen in nationalen Kontexten relativ wenige Forschungsarbeiten vorliegen und auch der vorliegende Beitrag nur in Ansätzen eine Analyse der deutschen Bewegungsakteure leisten konnte, sind weitere Forschungen in diesem Feld nötig, um die Entstehungs- und Erfolgsbedingungen der neuen graswurzelorientierten Klimagruppen zu verstehen und den analytischen Wert einer hegemonie- und staatstheoretisch inspirierten Bewegungsforschung auszuloten. Auch für die politische Praxis lassen sich aus den vorhergegangenen Ausführungen einige Schlussfolgerungen ziehen. So wäre es sinnvoll, wenn die Klimagruppen noch stärker als bisher ihre eigenen Strategien und ihre Möglichkeiten, gesellschaftlich wirksam zu werden, reflektieren und ihre Praxis dementsprechend modifizieren. Sie sollten sich nicht nur fragen, wie sie ihre Anliegen im öffentlichen Diskurs verbreitern und weitere Akteure einbeziehen kann, um hegemonial zu werden. Vor allem müssten sie Praktiken entwickeln, die größere Kreise von Menschen jenseits der begrenzten aktivistischen Gruppen unmittelbar in die Klimaproteste einbeziehen. Eine wichtige Konsequenz ist nicht zuletzt, dass zwar an den radikal-ökologischen Protesten gegen die Kohleindustrie, wie sie sich in *Ende Gelände* ausdrücken, festgehalten werden sollte. Zugleich wären aber wieder neue Ansätze einer urbanen sozial-ökologischen Klimapolitik zu erproben, um eine Hegemonie für das Projekt einer tief greifenden Transformation der vorherrschenden Produktions- und Lebensweise zu gewinnen.

Literatur

- Angel, James (i.E.): Towards an Energy Politics In-Against-and-Beyond the State: Berlin's Struggle for Energy Democracy'. In: *Antipode*.
- AntiRassismusBüro Bremen (2007): Warum Al Gore den Nobelpreis nicht verdient hat: Ein Text zu Klimawandel, sozialer Frage und Aktionsperspektiven. URL: buko.info/fileadmin/user_upload/doc/reader/reader_naturverhaeltnis.pdf, Zugriff: 20.7.2016.
- AusgeCO_hlt (2013). David gegen Goliath: Selbstermächtigung durch Widerstand gegen den Klimakiller Braunkohle. In: *analyse & kritik*, Nr. 579 vom 18.1.2013.
- Avanti – Projekt undogmatische Linke (2010): Der Gipfel des Scheiterns: Zaghafte Schritte einer dringend notwendigen Klimabewegung. In: *analyse & kritik*, Nr. 546 vom 22.1.2010.
- Avanti – Projekt undogmatische Linke, Klima AG (2009): Die Energiefrage stellen! Klima- und Anti-Atom-Bewegung müssen an einem Strang ziehen. In: *analyse & kritik*, Nr. 544 vom 20.11.2009.
- Becker, Sören/Beveridge, Ross/Naumann, Matthias (2015): Remunicipalization in German cities: contesting neo-liberalism and reimagining urban governance? In: *Space and Polity, Special Issue: In, Against, Beyond Neoliberalism: the „Crisis“ and Alternative Political Futures* 19(1): 76-90.
- Bedall, Philip (2014): *Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus? Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie*. Bielefeld.

- Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. In: *Annual Review of Sociology* 26: 611-639.
- Blanchet, Thomas (2015): Struggle over energy transition in Berlin: How do grassroots initiatives affect local energy policy-making? In: *Energy Policy* 78(C): 246-254.
- Brand, Ulrich u.a. (2001): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*. Münster.
- /Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise: Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirovic, Alex u.a. (Hg.): *VielfachKrise: Im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg: 79-94.
- Brunnengräber, Achim (Hg.)(2011): *Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*. Wiesbaden.
- (2012): Ein neuer Bewegungszyklus: Von der NGOisierung zur Occupy-Bewegung. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 25(1): 42-50.
- (2013): Zwischen Pragmatismus und Radikalisierung: NGOs und soziale Bewegungen in der internationalen Klimapolitik. In: Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko (Hg.): *Die internationale Klimabewegung: Ein Handbuch*. Wiesbaden: 357-372.
- /Dietz, Kristina (2011): Der Klimawandel – eine multiple Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Demirovic, Alex u.a. (Hg.): *VielfachKrise: Im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg: 95-110.
- Buckel, Sonja u.a. (2014): Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik: Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*. Bielefeld: 15-84.
- della Porta, Donatella/Parks, Louisa (2013): Framing-Prozesse in der Klimabewegung: Vom Klimawandel zur Klimagerechtigkeit. In: Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko (Hg.): *Die internationale Klimabewegung: Ein Handbuch*. Wiesbaden: 39-56.
- Dietz, Matthias (2013): Debatten und Konflikte in der Klimabewegung. In: Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko (Hg.): *Die internationale Klimabewegung: Ein Handbuch*. Wiesbaden: 391-412.
- /Garrelts, Heiko (Hg.)(2013). *Die internationale Klimabewegung: Ein Handbuch*. Wiesbaden.
- Frenzel, Fabian (2011): Entlegene Orte in der Mitte der Gesellschaft: Zur Geschichte der britischen Klimacamps. In: Brunnengräber, Achim (Hg.): *Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*. Wiesbaden: 163–186.
- Garrelts, Heiko/Dietz Matthias (2013): Konturen der internationalen Klimabewegung – Einführung in Konzeption und Inhalte des Handbuchs. In: Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko (Hg.): *Die internationale Klimabewegung: Ein Handbuch*. Wiesbaden: 15-35.
- Gegenstrom Berlin (2011): Gegen den fossil-nuklearen Wahn: Energiedemokratie jetzt! Energiepolitische Thesen von Gegenstrom Berlin. In: *analyse & kritik*, Nr. 561 vom 20.5.2011.
- Görg, Christoph (1992): *Neue Soziale Bewegungen und Kritische Theorie: Eine Aufarbeitung gesellschaftstheoretischer Erklärungsansätze*. Wiesbaden.
- Haas, Tobias/Sander, Hendrik (2013): Grünes Kapital und Energiedemokratie in Europa. In: *Luxemburg: Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, Nr. 3/4: 222-227.
- Haunss, Sebastian/Ullrich, Peter (2013): Viel Protest – wenig Forschung: Zu- und Gegenstand sozialwissenschaftlicher Protest- und Bewegungsforschung in der Bundesrepublik. In: *Soziologie: Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie* 42(3): 290-304.
- Hellmann, Kai Uwe/Koopmans, Ruud (Hg.)(1998): *Paradigmen der Bewegungsforschung: Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*. Opladen.
- Herkenrath, Mark (2011): *Die Globalisierung der sozialen Bewegungen: Transnationale Zivilgesellschaft und die Suche nach einer gerechten Weltordnung*. Wiesbaden.

- Kitschelt, Herbert (1986): Political Opportunity Structures and Political Protest: AntiNuclear-Movements in Four Democracies. In: *British Journal of Political Science* 16(1): 57-85.
- Klima!Bewegungsnetzwerk (2010): Das Scheitern als Chance begreifen: Wie weiter nach Jokenhagen? URL: klima.blogspot.de/aktuelles/das-scheitern-als-chance-begreifen-wie-weiter-nach-jokenhagen/, Zugriff: 20.7.2016.
- Koburger, Ines/Doria, Andrea (2008): Für produktive Unruhe sorgen: Interview mit zwei InitiatorInnen des Klima-/Antiracamps in Hamburg. In: *analyse & kritik*, Nr. 531 vom 19.9.2008.
- Kössler, Georg (2013): Die Klimabewegung in Deutschland. In: Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko (Hg.): *Die internationale Klimabewegung: Ein Handbuch*. Wiesbaden: 185-204.
- Marx, Karl (1848): Manifest der kommunistischen Partei. In: *Die Frühschriften*, hg. von Siegfried Landshut. Stuttgart 1971: 525-560.
- McCarthy, John D./Zald, Mayer (1977): Resource Mobilization and Social Movements. In: *American Journal of Sociology* 82: 1212-1241.
- Melucci, Alberto (1989): *Nomad of the present: social movements and individual needs in contemporary society*. London.
- Müller, Tadzio (2009): Countdown to Copenhagen – wird der Klimagipfel zu einem Seattle 2.0? Und: Wo bist du im Dezember? In: *analyse & kritik*, Nr. 541 vom 21.8.2009.
- Neuner, Monika E. (2011): Klimabewegungen in Russland: Chancen und Probleme ihrer transnationalen Vernetzung. In: Brunnengräber, Achim (Hg.): *Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*. Wiesbaden: 209-232.
- Opp, Karl-Dieter (1994): Der 'Rational-Choice'-Ansatz und die Soziologie sozialer Bewegungen. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* (2): 11-26.
- Rucht, Dieter (2011): Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 24(3): 20-47.
- Sander, Hendrik (i.E.): Die Klimabewegung in Deutschland: Entwicklung und Perspektiven (Arbeitstitel), hg. Von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- (2015): Die offene Flanke der Umweltbewegung. In: *Klimaretter.info*. URL: klimaretter.info/protest/hintergrund/18192-die-offene-flanke-der-umweltbewegung, Zugriff: 15.4.2015.
- (2016) *Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima*. Berlin.
- Schetsche, Michael (1996): *Die Karriere sozialer Probleme: Soziologische Einführung*. München-Wien.
- Smelser, Neil J. (1965): *Theory of Collective Behavior*. New York.
- Stötzel, Patrick (2012): Von der Streuobstwiese ins Herz der fossilen Bestie: Die Kampagne AusgeCO2hlt bringt Energiekämpfe ins Rheinische Braunkohlerevier. In: *analyse & kritik*, Nr. 568 vom 20.1.2012.
- Tarrow, Sidney (1998): *Power in movement: Social movements and contentious politics*. Cambridge.
- Unmüßig, Barbara (2011). NGOs in der Klimakrise: Fragmentierungsprozesse, Konfliktlinien und strategische Ansätze. In: Brunnengräber, Achim (Hg.): *Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*. Wiesbaden: 45-58.
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim (2000): *Die Globalisierungswächter: NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima*. Münster.